

Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Ruhr – Universität Bochum

**„Requalifizierung“ von Zeit: auf der Suche nach dem Bürgerengagement in einer alternden Gesellschaft**

Tagung der Ev. Akademie zu Berlin mit dem sozialwissenschaftlichen Institut der EKD

**„Geht der Bürgergesellschaft die Zeit aus? Engagement und Zeitwohlstand“**

(Berlin, 2. – 3. September 2005)

**Von der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ zur „Bürgergesellschaft“**

10 Der Titel dieser Tagung („Geht der Bürgergesellschaft die Zeit aus?“) erinnert nicht nur einen Soziologen, der bereits die Debatten der 80er Jahre aktiv verfolgt hat, an die Diskussionen zur „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und zu der Frage „Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?“ (wie sie etwa auf dem Bamberger Soziologenkongress von 1982 diskutiert wurde (vgl. die Beiträge in Matthes 1983). In diesen Debat-

15 ten, in der die Soziologie eine sehr viel breitere öffentliche Wirkung entfalten konnte als heute, spielte auch die Thematik der Zeitgestaltung und Themen wie Requalifizierung von Zeit eine prominente Rolle. Ich möchte deshalb im folgenden zunächst etwas zurückschauen und ein kritisches Resümee der Ansätze zur „Zeitpolitik“ ziehen, bevor ich mich mit den aktuellen Diskussionen zum Bürgerengagement und neuen

20 „Einbindungen“ in die Gesellschaft beschäftige.

Das Thema „Bürgergesellschaft“ oder Bürgerengagement knüpfte in den 90er Jahren an die wissenschaftliche und politische „Konjunktur“ zur „Krise der Arbeitsgesellschaft“ an (vgl. auch Braun 2001) und ist auch heute noch in den öffentlichen Diskursen präsent. Allerdings ist auf eine Akzentverschiebung hinzuweisen: nicht mehr die

25 Frage nach der „Tätigkeitsgesellschaft“ oder die partizipatorisch ausgerichteten normativen Demokratiemodelle stehen im Zentrum, vielmehr wird die Debatte um Bürgerengagement derzeit im wesentlichen gespeist durch die offensichtlichen staatlichen Steuerungsdefizite (vgl. Heinze 2002). Im Rahmen einer generellen Diskussion

um die Reichweite und Effektivität staatlicher Aufgabenerfüllung überrascht es auch nicht, dass das Thema schon seit einiger Zeit Konjunktur hat und – vor dem Hintergrund des demografischen Wandels - gerade die Engagement- und Leistungspotenziale der Älteren in der Politik und den Medien derzeit näher betrachtet werden (vgl. 5 zusammenfassend BMFSFJ 2005 und Kaufmann 2005). Zieht man oberflächlich Parallelen zur Diskussion um eine „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und zur Requalifizierung von Zeit und liest zudem die verschiedenen Stellungnahmen führender Politiker zum freiwilligen sozialem Engagement, dann könnte man glauben, die historisch gewachsenen Zeitpotenziale werden nun – trotz aller Verdichtungen der Zeit (vgl. z.B. 10 Geißler 2005) - aktiv genutzt und es käme auch zu einer Revitalisierung von Gemeinschaftssinn oder Solidarität.

Ob solch optimistische Interpretationen allerdings die Realität abbilden, muss bezweifelt werden. Schon anhand der aktuellen Debatten um zeitliche Überforderungen wird deutlich, dass ein Wachstum individuell verfügbarer Zeitkontingente (wie es eindeutig in Deutschland in den letzten Jahrzehnten der Fall ist) nicht automatisch zu 15 einer Verbesserung der Lebenslage führt, vielmehr sind Veränderungen der Zeitororganisation notwendig (vgl. hierzu die Beiträge in Mückenberger 1998). Nach einem kurzen Rückblick und einer kritischen Bewertung der Debatten zur Requalifizierung von Zeit unter den neuen Rahmenbedingungen einer ausdifferenzierten und sozial immer heterogener werdenden Gesellschaft und einem Wohlfahrtsstaat, der in vielen 20 Dimensionen seine Grenzen längst überschritten hat, möchte ich mich den realen Potenzialen und Optionen zur Aktivierung (am Beispiel der Älteren) widmen

Lässt man die letzten 20 bis 30 Jahre gesellschaftlicher Reformdiskussionen kurz Revue passieren, möchte ich die These wagen, dass trotz aller Debatten um neue 25 Zeitverwendungsmuster, „Sozialkapital“, Zivil- oder Bürgergesellschaft etc die Möglichkeiten einer am Gemeinsinn orientierten bürgerschaftlichen Zeitnutzung weiterhin kaum genutzt werden, wenn sie auch nicht völlig fehlen. Diese hoch selektive soziale Nutzung führt einerseits zu der ökonomisch irrational zu nennenden Brachlegung von Potenzialen gesellschaftlicher Wohlfahrt und mithin auch zu einem geringeren Ver- 30 sorgungsniveau. Sie führt andererseits dazu, dass gerade diejenigen Bevölkerungs-

gruppen, bei denen ungenutzte, aber nutzbare Zeitressourcen verfügbar und die aufgrund ihrer allgemeinen Versorgungslage am dringlichsten darauf angewiesen wären, diese verfügbare Zeit auch in „Gebrauchswerte“ umzusetzen, scheinbar dazu nicht in der Lage sind. Die „Bürgergesellschaft“ kann also die sozialen Ungleichheiten nicht kompensieren; gerade die „neuen Formen des sozialen Kapitals“ (wie Selbsthilfeinitiativen etc) „erweisen sich so als exklusiv“ (Brömme/Strasser 2001, 14).

Vor diesem Hintergrund darf sich der Umbau des bundesrepublikanischen Sozialstaates nicht am Leitbild der minimalistischen Version orientieren. Allgemeines Ziel sollte die Herstellung einer neuen Balance zwischen wirtschaftlicher Dynamisierung, mehr Flexibilität auf den Arbeitsmärkten und sozialer Sicherheit sein (ein „sozialinvestiver“ Wohlfahrtsstaat). Eine solche Modernisierung unseres Wohlfahrtsstaates wird aber nicht gelingen, wenn sie darauf verzichtet, weite Kreise der Gesellschaft (und deren Zeitpotentiale!) in die Umsteuerung einzubeziehen. Denn erst eine **dialogfähige Politik** kann den Menschen das Gefühl geben, in diesen Reformprozessen mit seinen Interessen, Wünschen und Sorgen ernst genommen zu werden. Eine sowohl gerechte also auch effiziente Modernisierungspolitik muss die Gesellschaft sprachfähig machen und ihre Innovationsbereitschaft aufgreifen. Sie würde somit auch das Vertrauen der Bürger rasch verlieren, wenn sie in Feilschereien auf dem Basar der fest gefügten und von den Verbänden hart verteidigten Besitzständen verharrte. Nicht zuletzt geht es auch zentral um die demokratiepolitische Frage, wie die politischen **Beteiligungs- und Artikulationsmöglichkeiten** verbessert werden können. In Anknüpfung an diskurstheoretische Konzeptualisierungen von Bürgergesellschaft geht es darum, die "Demokratie zu demokratisieren" (Giddens 1999, 86 ff; vgl. auch ders. 2005) und gleichzeitig Impulse für mehr Eigenverantwortung und insgesamt eine „Kultur der Selbstständigkeit“ zu geben. Eine „Kultur der Selbstständigkeit“ sollte jedoch nicht verengt werden auf die Steigerung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, sondern zugleich als Promotor des gesellschaftlichen Wandels hin zu mehr Selbstverantwortung und bürgerschaftlichem Engagement fungieren.

Ein Baustein innerhalb einer abgestimmten Reformstrategie kann darin bestehen, Institutionen zu erfinden und zu inszenieren, welche eine gewisse Vergesellschaftung über das Zeitmedium erlauben. **Zeit** müsste wie Geld behandelt, ohne dennoch gegen Geld gehandelt zu werden. Die „lokale“ Logik der Zeit müsste quasi großräumig und flächendeckend zur Geltung gebracht werden (vgl. Offe/Heinze 1986, Offe/Heinze 1990). Die Lösung für dieses Problem, die seit dem frühen 19. Jahrhundert immer wieder vorgeschlagen und in vielen, oft utopisch und naiv anmutenden praktischen Versuchen erprobt worden ist, besteht in der Einführung einer Zeitwährung oder eines „Stundengeldes“, das allein in ihrem zeitlichen Aufwand gemessene Leistungen miteinander austauschbar und so die Zeit zirkulationsfähig machen sollte. Auf diese Weise könnte es möglich werden, Leistungen zwar nicht zu ihrem marktbestimmten Geldwert, aber doch zwischen einander „fremden“ Personen, zwischen verschiedenen sachlichen Kategorien von Waren und zwischen verschiedenen Zeitpunkten zu übertragen. Wir haben deshalb bereits vor rund 20 Jahren das Modell „Kooperationsring“ als ein wirtschafts- und sozialpolitisches Reformprojekt und als Innovationsvorschlag konzipiert (vgl. Offe/Heinze 1986 und Offe/Heinze 1990 sowie die Beiträge in Heinze/Offe 1990).

Kooperations- oder Tauschringe dienen dem überhaushaltlichen Austausch von Leistungen. Dabei könnte man sich eine Größenordnung von wenigen Dutzend bis einigen Hundert beteiligter Haushalte vorstellen, was dazu führen würde, dass es sich einerseits um ein durchaus lokales Arrangement handelt, das zwar hinter dem Verteilungsradius regulärer Märkte zurückbleibt, andererseits aber doch geeignet sein könnte, die betriebswirtschaftlichen Nachteile moderner Haushalte in einigen Aspekten zu neutralisieren. Der Tausch folgt dem Äquivalenzprinzip, wird jedoch nicht durch Geld vermittelt, sondern durch eine Spezialwährung von Gutscheinen, die nicht in Geld konvertierbar sind. Das Äquivalenzprinzip macht Transaktionen auch zwischen Fremden möglich. Sie entfalten sich zwischen privaten Haushalten. Dieses Merkmal impliziert einerseits, dass haushaltsinterne Versorgungsleistungen ausgeklammert und so die Bedürfnisse nach Abschirmung der Privat- und Intimsphäre unbeeinträchtigt bleiben. Wichtiger ist aber, dass andererseits auch nur Haushalte, also

nicht etwa Unternehmen oder andere juristische Personen, Teilnehmer werden können, so dass die bei ihnen zu unterstellenden Gewinninteressen aus dem Tauschsystem ferngehalten werden können. Die Wahl der Zeitbasis für die Währung hat eine Reihe von praktisch relevanten und auch normativ attraktiven Implikationen. Neben der Eindämmung von Preisbildungsmechanismen und erwerbswirtschaftlichen Gewinnmotiven wird mit der Stundenbasis der Zweck verfolgt, in der Marktökonomie und auf dem Arbeitsmarkt aufgebaute materielle Ungleichheiten in gewissem Maße umzukehren.

Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass sich derartige **Tauschringe** auf breiter Basis spontan bilden und erhalten. Weder in der alten Bundesrepublik noch in den neuen Bundesländern, die besonders stark von der Beschäftigungskrise betroffen sind und die sozialen Folgeprobleme und Pathologien des rapiden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses eindringlich spüren, sind solche Tauschringe großflächig entstanden (nur begrenzt und spontan haben sich einige gebildet). Daraus folgt, dass Kooperationsringe sich als Ergebnis stützender, fördernder politischer Initiativen entwickeln und ausbreiten können, sie müssen inszeniert werden. Es gibt zwar in den letzten Jahren in verschiedenen Kommunen (vorwiegend im städtisch-alternativen Bereich) Vorstöße für die Gründung solcher Tauschsysteme, allerdings demonstriert die bundesrepublikanische Gesellschaft auch in der Erfindung derartig experimenteller sozialer Arrangements, für die es ja genügend historische und internationale Erfahrung gibt, wenig Phantasie. Dies mag auch daran liegen, dass im Zuge des umfassenden Modernisierungsprozesses und der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas) die soziokulturellen Kompetenzen verloren gegangen sind, die für die Inszenierung von Formen solidarischer Selbsthilfe und des Aufbaus informeller Netze notwendig sind. Der noch immer relativ hohe Lebensstandard für breite Bevölkerungsgruppen und die eingeschliffenen (wenn nicht bereits verkrusteten) politisch-institutionellen Verfahrenswege bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen tun ihr übriges, um die potentiell vorhandene Kreativität weitgehend lahm zu legen. Eine derartig fragmentierte Gesellschaftsstruktur, begleitet von vielfältigen politisch-institutionellen Blockaden, mag zwar äußerlich durchaus stabil erscheinen, hinter der

Fassade verbirgt sich aber ein nicht unbeträchtliches Potenzial individueller und sozialer Sprengkraft.

Als wir dieses Modell Ende der 80er Jahre konzipierten und auch die Erfahrungen mit Tauschringen im Ausland analysierten, gab es neben den wissenschaftlichen Reaktionen durchaus vereinzelt Interesse bei politischen Akteuren, solch konzeptionellen Vorschläge zur Zukunft der Arbeit einmal experimentell zu überprüfen. Durch die Wiedervereinigung und den damit verbundenen Stress bei allen politischen und gesellschaftlichen Institutionen gerieten solchermaßen alternative Optionen aus dem Blickfeld. Obwohl gerade im Osten der Kern der Arbeitsgesellschaft immer kleiner wird, scheint es dennoch sehr schwer zu sein, alternative, produktive Lösungen im Umgang mit den aufgebürdeten Zeitpotenzialen zu entwickeln. Bislang wurde die Zeit nicht für experimentell-konstruktive Vorschläge zur Zukunft der Arbeit genutzt, wenngleich sich seit Mitte der 90er Jahre in verschiedenen Orten in Deutschland, vorwiegend im städtisch-alternativen Milieu, spontan Tauschringinitiativen gebildet haben. Zwar ist die Zahl gegenüber den lokalen Tauschsystemen in Großbritannien und auch in Nordamerika noch relativ niedrig (derzeit dürften etwa 250 bis 300 Tauschringe in Deutschland bestehen).

Die entstandenen Tauschringe bewegen sich primär in einem bestimmten soziokulturellen Umfeld und können kaum als alternative Option zur Partizipation am Arbeitsmarkt gedeutet werden. Der Rückzug vieler Individuen aus kollektiven Zusammenhängen (sei es aus dem Parteiensystem, den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen sowie Vereinen) erschwert auch das Aufblühen eines umfassenden Systems von Kooperations- und Tauschringen. Die „zarte Pflanze“ der entstandenen Netzwerke muss fleißig gegossen werden, d.h. letztendlich politisch gefördert werden. Da die etablierten Institutionen der Arbeitsgesellschaft diesem Modell schon aus eigenen Organisationsinteressen heraus eher kritisch gegenüberstehen, ist mit einer politisch-institutionellen Unterstützung von dieser Seite in nächster Zukunft jedoch wohl kaum zu rechnen.

Nach wie vor ist zudem Realität, dass die Erwerbsarbeit die „Andockstelle“ an ein System ist, das Sicherheit und Aufrechterhaltung des Lebensstandards verheißt. Die

Arbeitsgesellschaft setzt mit diesem Mechanismus kontraproduktiv Prämien und Status auf die Lebensform des Arbeitnehmers aus und erzeugt dadurch ständig ein Überangebot an nach Erwerbsarbeit drängender Arbeitskraft. Nicht alle nützlichen Tätigkeiten, derer der Mensch fähig ist, müssen aber durch das Nadelöhr der Erwerbsarbeit gefädelt werden. Die bereits in unserem Projekt zu Entwicklungschancen von Selbstversorgungsaktivitäten jenseits von Haushalt und Markt vor rund 20 Jahren aufgestellten Thesen werden (leider) immer wieder bestätigt: Bislang konnten sich keine geeigneten institutionellen Formen der „gemeinschaftlichen“ Vergesellschaftung durchsetzen, die das soziale und ökonomische Problem der strukturellen Unter-  
10 auslastung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens lösen. Die individualistische Privatisierung der Lebens- und Konsumweise ist eher weiter fortgeschritten und damit werden auch Versuche einer **produktiven Zeitnutzung** am Medium Geld „vorbei“ noch schwieriger. Zudem hat sich durch die Öffnung der Grenzen gen Osten und die generelle Globalisierung auch ein neuer Raum ergeben, der alle Formen nicht-  
15 monetärer gesellschaftlicher Zeitnutzung zurückdrängt, da nun viele Tätigkeiten auch im haushaltsnahen Umfeld und bei den sozialen Dienstleistungen (die eigentlich prädestiniert für soziale Experimente hinsichtlich einer kollektiven Nutzung von Zeit sind) durch die „Konkurrenz mit dem unbegrenzten und unbegrenzt billigen Arbeitsangebot der Schwellenländer“ (Streeck 2005, 12) zunehmend in der Schattenwirtschaft oder  
20 sogar legal erledigt werden.

Wenngleich damit manche Hoffnungen auf eine Revitalisierung von lokal organisierten Tauschnetzen und Kooperationsringe sicherlich geschwunden sind, steht die Thematik der Optimierung der Zeit und einer solidarischen Zeitgestaltung durchaus weiter im Raum. Allerdings haben sich die Diskussionsschwerpunkte verschoben.  
25 Einerseits wird stärker auf die zeitlichen Überforderungen und den Zeitmangel hingewiesen, die mit der Entgrenzung der Lebensbereiche wie auch der Zunahme prekärer Lebensverhältnisse einhergehen. Insgesamt sind die zeitlichen Anforderungsstrukturen für die Individuen aber auch größer geworden; sie reichen nun von den „systemisch bedingten Zeitdruck in der Marktwirtschaft“ über die Arbeitsbedingungen  
30 bis hin zur „Qual der Wahl in der entfalteten Spaßgesellschaft“ und den Ansprüchen

von staatlichen Institutionen. Gerade diese Anteile am Zeitbudget dürften sogar noch wachsen; sie ergeben sich „aus der Rolle des mündigen Bürgers in der so weit wie möglich selbst zu gestaltenden Bürgergesellschaft“ (Rinderspacher 2003, 18). Wenngleich Phänomene der Überforderung nicht zu übersehen sind, muss dennoch gerade in solch einer hochgradig regulierten und blockierten Gesellschaft wie Deutschland auch auf die Unterforderung der einzelnen Menschen hingewiesen werden. Viele Möglichkeiten der Übertragung von Verantwortung (auch durch bürgerschaftliches Engagement) auf den Einzelnen wird durch die Übermacht von Großorganisationen behindert, wobei allerdings die „Einbeziehung der Bürger in gemeinwohlrelevante Staatstätigkeiten vielmehr mit einer weit reichenden Kompetenzübertragung und damit einer Delegation eigener Steuerungsmöglichkeiten durch den Staat einhergehen (müsste)“ (Münkler/Loll 2005, 10; vgl. auch die Beiträge in Behrens et al 2005).

Hier zeigt sich andererseits nun eine neue Querverbindung der Debatte um alternative Zeitverwendungsmuster jenseits der Erwerbsarbeit mit den Beiträgen zur Bürgergesellschaft, dem Bürgerengagement oder das „Sozialkapital“ (vgl. zusammenfassend die Beiträge in Heinze/Olk 2001). Allerdings geht mit der Fokussierung auf Bürgerengagement eine gewisse Dimensionsverengung einher und der gesamtgesellschaftliche Rahmen der Zeitdebatte geht etwas verloren, wenn nur noch einzelne Aspekte (wie das freiwillige soziale Engagement oder die angeblichen Überforderungen der Menschen in der Bürgergesellschaft) thematisiert werden.

### **Engagementpotenziale (diskutiert an der Gruppe der Älteren)**

Der Begriff des Bürgerengagements fungiert als eine Art von Sammel- und Oberbegriff für ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten bzw. freiwilligen sozialen Engagements in Vereinen, Kirchengemeinden, in Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch Formen der politischen Beteiligung in Parteien, Verbänden und Gewerkschaften. Die damit oft verbundene



Mehrdeutigkeit hat ihm bislang nicht geschadet, denn die Offenheit für unterschiedliche Zielsetzungen und Konkretisierungen macht ihn anschlussfähig für die unterschiedlichen politischen Interessen und ordnungspolitischen Konzeptionen. Konsens besteht dahingehend, dass mit diesem Terminus unterschiedliche Aktivitäten im weiten Handlungsfeld zwischen der Privatsphäre der Einzelnen und der staatlichen Handlungssphäre bezeichnet werden. Das Bürgerengagement eignet sich deshalb gut für eine parteien- und lagerübergreifende Koalition.

Empirische Studien stellen das Engagement so dar, dass im Jahr 2004 insgesamt rund 36 Prozent der Bundesbürger (ab 14 Jahren) in irgendeiner Form ehrenamtlich bzw. freiwillig engagiert sind. Zudem sind weitere 34 Prozent in Vereinen und anderen gesellschaftlichen Organisationen aktiv, ohne aber freiwillige Aufgaben zu übernehmen. Der Anteil Aktiver hat sich in den letzten Jahren weiter erhöht; im Saldo engagieren sich deutlich mehr Menschen in Deutschland als früher. Dies gilt vor allem für ältere Menschen und besonders die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen (mit einem Plus von 5 Prozentpunkten), aber auch (etwas schwächer) für die ab 65-Jährigen. Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass im Diskurs über die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Gruppe der Seniorinnen und Senioren eine herausgehobene Stellung zukommt, da dort große Potenziale der Aktivierung von Engagement gesehen werden (bspw. bei der Zusammenführung der Generationen, von der Jung und Alt gleichermaßen profitieren können).

Diese Zielstellung knüpft an die Erkenntnis an, dass trotz der starken Verlängerung der Lebensphase Alter in der jüngeren Vergangenheit bislang nur wenig verallgemeinerbare (Verantwortungs-)Rollen entstanden sind. Es geht also darum, dass das vorhandene Interesse für Bürgerengagement (bspw. sagen 71 Prozent der 55-Jährigen und Älteren, das sie durch ihr Engagement die „Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten wollen“ (Freiwilligensurvey 2004) aufgegriffen und stabilisiert wird.

Damit sind wir beim Thema einer unterstützenden **Infrastruktur** für das bürgerschaftliche Engagement Älterer (vgl. ausführlich BMFSFJ 2005). Die Informations- und Kontaktstellen für engagierte und engagementbereite Bürger müssen stärker ausge-

baut und die bestehenden Institutionen langfristig abgesichert werden. Diese „Mittlerorganisationen“ übernehmen ein breites Spektrum von Funktionen wie die Anbahnung und Vermittlung von Bürgerengagement oder eben die Weiterbildung von Freiwilligen. Wenn das bürgerschaftliche Engagement ernsthaft als Teil einer Reformperspektive für die Bürgergesellschaft verstanden wird, muss eine geeignete Infrastruktur vorhanden sein, welche die Prozesse der Aktivierung der Bürger begleiten und unterstützen kann. Deshalb sollte eine flächendeckende Einführung dieser Mittleragenturen für das bürgerschaftliche Engagement vorangetrieben werden. Bestehende Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen müssen aber auch besser miteinander vernetzt werden.

Die erhöhte Medienaufmerksamkeit des bürgerschaftlichen Engagements birgt nach Ansicht einiger kritischer Stimmen allerdings auch die Gefahr in sich, dass die vielfältige Rede von freiwilligem Engagement zum bloßen modischen Gerede wird, weil der Terminus lediglich dazu genutzt wird, bislang anders bezeichnete altbekannte Phänomene (wie z.B. die ehrenamtliche Tätigkeit) mit einer neuen Bezeichnung zu versehen und insofern etwas Etikettenschwindel zu betreiben. Einmal aus dem Schatten des Expertendiskurses herausgetreten, steht Engagement in der Gefahr, als kostengünstiger Lückenbüßer für Sparstrategien oder als Problemlöser für gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert zu werden.

Rinderspacher befürchtet sogar eine „wild wuchernde Anspruchsveränderung des Staates gegenüber seinen BürgerInnen auf der einen Seite sowie eine nur taktisch begründete Inanspruchnahme der Bürgerinnen und Bürger unter dem Deckmantel der Verwirklichung der Bürgergesellschaft seitens hilfloser Politiker“ (ders. 2003, 33).

25

### **Empirische Trends**

Im Folgenden sollen kurz einige allgemeine Trends in der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements skizziert werden, von denen natürlich auch das Engagement von und für Ältere betroffen ist. Zunächst muss man jedoch darauf hinweisen,

dass der schon häufig beschriebene Prozess der Modernisierung des Bürgerengagements voranschreitet. Er umfasst mindestens drei Dynamiken, die aber für die Gruppe der Älteren zum Teil aber noch zu spezifizieren sind

**Pluralisierung** des bürgerschaftlichen Engagements. Ein Aspekt des Wandels ist, dass neben den klassischen Formen des Engagements in Verein, Partei oder Verband andere Formen und Zusammenschlüsse hinzugetreten sind. Insbesondere in den Bereichen Kultur, Schule, Kindergarten, Gesundheit, Ökologie sowie im sozialen Nahbereich sind neue informelle Formen der Organisation des bürgerschaftlichen Engagements auszumachen. Dies bedeutet jedoch nicht die Verdrängung oder Ablösung ‚alter‘ Organisationsformen. Das ‚klassische‘ Ehrenamt wird insbesondere in den höheren Altersgruppen nach wie vor gegenüber den neuen Formen präferiert.

**Individualisierung** des bürgerschaftlichen Engagements. Das Engagement wird heute unabhängiger von traditionellen Bindungen gestaltet als früher. Soziale und regionale Herkunft sowie geschlechtsspezifische und familiäre Rollen entwickeln eine geringere Bedeutung und Bindungskraft für die Auswahl der Organisationsformen und Bereiche, in denen ein bürgerschaftliches Engagement realisiert wird. Allerdings sind nach den vorliegenden empirischen Quellen für Ältere die Auswahl von Organisation und Bereich noch stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Ob und in welchem Rahmen sich Senioren engagieren, liegt allerdings weniger am Lebensabschnitt Alter, sondern mehr an der Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen und kulturellen Milieu.

**Motivwandel** beim bürgerschaftlichen Engagement. Wenn der Antrieb zur Aufnahme oder Weiterführung eines Engagements i.d.R. auch in einem Bündel von Motiven liegt, so hat die Forschung der vergangenen Jahre doch einige Trends aufgezeigt. Es existiert ein Motivwandel von altruistischen Motiven hin zu eher spaß- und ich-bezogenen Motiven. Neuere Forschungsarbeiten weisen aber auch auf andere individuelle Nutzen eines Engagements hin, das z.T. als Investition in die eigene Zukunft durch die Erhöhung von „Reputation“ verstanden werden kann. Die neuen Motive vertragen sich aber durchaus mit einer stark gemeinwohlbezogenen Haltung.

Auf der politischen Ebene hat es in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gegeben. Insbesondere die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages, aber auch weitere Publikationen von Stiftungen etc haben das Wissen über das bürgerschaftliche Engagement in einem Umfang vermehrt, dass selbst Experten angesichts der Fülle der Publikationen den Überblick verlieren können. Nicht zuletzt wurde dadurch Engagement **initiiert** und die Vernetzung der Akteure gefördert. Als ein Ergebnis haben sich neue Akteure im Feld der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gebildet. Zu nennen ist auf Bundesebene insbesondere das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), das die nachhaltige Förderung der Bürgergesellschaft und von bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen zum Ziel hat.

Nun zu einigen quantitativen Einschätzungen des bürgerschaftlichen Engagementpotenzials (vgl. Heinze et al 2005a, Kohli/Künemund 2001, Künemund 2004 sowie Menning 2004, Olk 2003 und Rohleder 2005). Schon seit den 80er Jahren zeigt sich in Deutschland ein Wachstum der Engagementbereitschaft und des realisierten Engagements in allen Dimensionen bei den über 60-Jährigen, wobei das freiwillige Engagement älterer Menschen ein weites Spektrum abdeckt, das von Unterstützungsleistungen in der Familie und der Nachbarschaft über freiwillige Aktivitäten in Sportvereinen, Kirchengemeinden und Politik bis zum traditionellen Ehrenamt reicht. Sowohl der Freiwilligen-Survey als auch der Alterssurvey weisen einen **Anstieg** der Engagementquoten zwischen ihrer ersten und zweiten Befragung aus. Beim Freiwilligen-Survey liegt der Anstieg zwischen 1999 und 2004 in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen bei 5 Prozentpunkten (auf 40 %), in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bei 3 Prozentpunkten (auf 26 %).

Die im Alterssurvey erhobenen Mitgliedschaftsquoten in Vereinen und Verbänden haben sich im Vergleich zu 1996 praktisch nicht verändert. Konstanz prägt das empirische Bild des Bürgerengagements und der Partizipation älterer Menschen. Zum Vergleich: Im Freiwilligen-Survey liegt der Anteil der ehrenamtlich Engagierten in der Gruppe der 14- bis 49-Jährigen und der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen bei 37 und

38 Prozent. Bei den 60- bis 69-Jährigen liegt er bei 31 Prozent, bei den 70-Jährigen und Älteren beträgt er 20 Prozent.

Die **Zeitbudgeterhebung** des Statistischen Bundesamtes 2001/02 weist folgende  
5 Anteile aus: bei den 40- bis 59-Jährigen 46 Prozent, bei den 60- bis 64-Jährigen 47  
Prozent, bei den 65- bis 74-Jährigen 42 Prozent und bei den 75 und Älteren 36 Pro-  
zent. Was die Häufigkeit der Teilnahme an Zusammenkünften, Veranstaltungen und  
Sitzungen betrifft, lässt sich eine leichte Zunahme erkennen – die 40 bis 85-Jährigen  
10 geben im Jahr 2002 etwas häufiger an, ein- oder mehrmals wöchentlich in Vereinen  
oder Verbänden eingebunden zu sein. Wie auch immer man diese geringfügigen  
Veränderungen erklärt, Vereine und Verbände sind weiterhin ein wichtiger Bestand-  
teil der Lebenswelt Älterer. Betrachten wir die Vereine und Verbände im Einzelnen,  
ist wiederum weitgehende Konstanz festzustellen. Bei den altersspezifischen Gruppie-  
rungen haben auch die Seniorengenossenschaften und Seniorenselbsthilfegruppen  
15 oder Gruppen für freiwillige Tätigkeiten und Hilfen keinen Zuwachs zu verzeichnen,  
bei den Parteien und Gewerkschaften sind die Mitgliedschaftsquoten der 70 bis 85-  
Jährigen sogar eher zurückgegangen.

Insgesamt betrachtet gilt weiterhin: Unter den altersspezifischen Gruppen und Verei-  
nen ist die Beteiligung im „traditionellen“ Bereich am stärksten, also in den Senioren-  
20 freizeitstätten oder in Seniorentanzgruppen. Die „neuen“ Formen altersspezifischer  
Partizipation stoßen auf wesentlich geringeren Zuspruch. Als Mitglieder einer Senio-  
rengenossenschaft oder einer Seniorenselbsthilfegruppe bezeichnen sich nur 0,8  
Prozent der 40 bis 85-Jährigen, 1996 waren es ebenfalls 0,8 Prozent. An Senioren-  
akademien und Weiterbildungsgruppen beteiligen sich nur 0,4 Prozent (1996: 0,3  
25 Prozent), im Bereich der politischen Interessenvertretung Älterer, also in Senioren-  
beiräten bzw. –vertretungen oder in der Seniorenarbeit von Parteien und Gewerk-  
schaften 0,6 Prozent (1996: 0,7 Prozent). Selbst wenn diesen Gruppen eine gewisse  
Symbolfunktion oder ein Modellcharakter zugesprochen werden kann, so handelt es  
sich dennoch empirisch weiterhin um Randphänomene.

Neben diesen Mitgliedschaften in Gruppen, Vereinen und Verbänden hat der Alterssurvey erstmals auch die **informellen** Organisationsstrukturen in den Blick genommen: Treffen in informellen, aber dennoch festen Gruppen wie z.B. einem Stammtisch, Kaffeeklatsch, Skatabende oder auch z.B. Gruppen, die regelmäßig gemeinsam wandern. Wie bereits 1996 ergibt diese Frage einen Anteil von 40 Prozent der 40 bis 85-Jährigen, die sich in solchen informellen Gruppen treffen. Die Partizipationsquote nimmt insgesamt über die Altersgruppen hinweg betrachtet leicht ab, und zwar beschleunigt etwa ab dem 60. Lebensjahr. Bei den 40 bis 64-Jährigen sind jedenfalls über 40 Prozent, bei den 70 bis 85-Jährigen hingegen nur noch 30 Prozent in solchen informellen Gruppen eingebunden. Im Gegensatz zu 1996 zeigen sich in den Daten von 2002 keine signifikanten Zunahmen der Häufigkeit der Treffen über die Altersgruppen hinweg. Die Älteren sind also auch zeitlich weniger stark involviert. Der Panel-Stichprobe lässt sich hier trotz der Stabilität in der Makro-Perspektive eine enorme Variation in der Mikro-Perspektive entnehmen: Von jenen, die 1996 eine solche Mitgliedschaft angaben, sind 2002 44 Prozent nicht mehr dabei. Umgekehrt haben 30 Prozent eine solche Mitgliedschaft 2002 erstmals angegeben. Es ist also eine erhebliche Fluktuation in diesem Bereich festzustellen (dies verweist auf die Notwendigkeit von Infrastrukturen). Im altersspezifischen Segment der neuen Formen des Sozialkapitals (Seniorenselfhilfegruppen etc) hat sich allerdings an der ohnehin sehr geringen Quote fast nichts verändert. Eine leichte Zunahme zeigt sich hingegen im „traditionellen“ Bereich altersspezifischen Engagements.

Befragungen zur Bereitschaft von Älteren, ein Ehrenamt aufzunehmen bzw. ein bestehendes Engagement auszuweiten, lassen darauf schließen, dass es ein bisher **unausgeschöpftes Potenzial** für bürgerschaftliche Tätigkeiten innerhalb der älteren Bevölkerung gibt. Laut Freiwilligen-Survey besteht bei rund 9 Prozent der bisher nicht engagierten 60 bis 69-Jährigen die Bereitschaft, sich zukünftig in Vereinen, Initiativen oder Selbsthilfegruppen zu engagieren und dort auch konkrete Aufgaben zu übernehmen. Weitere 16 Prozent wären unter Umständen an einem freiwilligen Engagement interessiert, wenn die Bedingungen für die Übernahme einer Tätigkeit günstig wären. Von den bereits engagierten 60 bis 69-Jährigen äußern 27 Prozent

die Bereitschaft, ihr ehrenamtliches Engagement noch auszuweiten. Es ist aber davor zu warnen, die Ergebnisse von Befragungen zur Engagementbereitschaft mit dem tatsächlich zu realisierenden Engagementpotenzial gleichzusetzen.

5 Bürgerschaftliches Engagement profitiert eindeutig von einer unterstützenden **Infrastruktur** – gerade auf kommunaler Ebene. Auch wenn der Zugang zu einem bürgerschaftlichen Engagement überwiegend über private Kontakte erfolgt, ist die Schaffung und Unterhaltung eines Netzes aus Mittleragenturen eines der zentralen Mittel, das die Politik besitzt, um Engagement zu fördern. Diese Mittleragenturen übernehmen u.a. die Vermittlung von Freiwilligen, die Initiierung neuen Engagements und die  
10 Lobbyarbeit für das bürgerschaftliche Engagement sowie Beiträge zur kommunalen Anerkennungskultur. In den vergangenen Jahren haben sich verschiedene Typen von Mittleragenturen entwickelt (wie Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen). Im Jahr 2004 gab es ca. 180 Seniorenbüros, 180 Freiwilligenagenturen und 340 Selbsthilfekontaktstellen.

15 Vergleicht man die Engagementbereiche, in denen ältere Menschen tätig sind, zeigen alle vorliegenden Studien übereinstimmend, dass die Engagementbereiche „Sport und Bewegung“, „kirchlicher und religiöser Bereich“ und „sozialer Bereich“ gefolgt von „Freizeit und Geselligkeit“ und „Kultur und Musik“ an der Spitze der Aufgabenfelder stehen, die von älteren Menschen übernommen werden. Andererseits wird  
20 mit dem Nachrücken anders sozialisierter Altkohorten mit einem breiteren Bildungsprofil sich dieses Bild aber voraussichtlich verschieben. Die Wahrscheinlichkeit ein bürgerschaftliches Engagement auszuüben, ist generell stark mit der **Bildung** der Personen verbunden. Nach den neuesten Ergebnissen aus dem Freiwilligenurvey hat die Bildungsabhängigkeit des bürgerschaftlichen Engagements zwischen 1999  
25 und 2003 weiter zugenommen.

Ob so genannte bildungsferne und sozial schwächere Gruppen beim Zugang zum Engagement in der Seniorenphase aufholen, ist umstritten. Die Fragen nach der sozialen Ungleichheit in der Bürgergesellschaft (Joas 2001) bzw. der „gespaltenen Bürgergesellschaft“ (Brömmel/Strasser 2001) bleiben damit auf der politischen Tagesordnung. Einerseits zeigen Studien, dass in den letzten Jahrzehnten ein über-  
30

durchschnittlicher Anstieg ehrenamtlicher Tätigkeiten bei Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss stattgefunden hat und es zu einer Annäherung zwischen den Aktivitäten von Personen mit höheren und niedrigeren formalen Bildungsniveaus gekommen ist. Andere Untersuchungen weisen darauf hin, dass traditionelle Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen und Verbände einen Mitgliederschwund verzeichnen, der insbesondere die unteren Bevölkerungsschichten trifft. Doch gerade für diese Bevölkerungsgruppe kann das bürgerschaftliche Engagement Vorteile mit sich bringen.

In der **Aktivierung** des bürgerschaftlichen Engagements kann ein Instrument gesehen werden, dass zur Lösung der Herausforderungen der gesellschaftlichen Alterung beitragen kann. Es kann ein kleiner Baustein in einem vielfältigen Bündel von Interventionen und Reformen sein. Man sollte allerdings den Anteil, den das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zur Lösung dieser Herausforderungen beitragen kann, nicht überschätzen. Auch im Alter stellt das bürgerschaftliche Engagement nur eine Option unter vielen für die Freizeitgestaltung und die Strukturierung des Alltags wie die soziale Teilhabe dar. Und wenn auch die über 65-Jährigen – nach der Zeitbudgeterhebung von 2001/2002 - wöchentlich über 25 Stunden bspw. für kulturelle Aktivitäten verwenden, dann darf nicht vergessen werden, dass die weitaus meiste Zeit noch mit Fernsehen und Video (über 16,5 Stunden) verbracht wird (vgl. Wingerter 2005).

### **Zusammenfassung**

Die Diskussion über bürgerschaftliches Engagement Älterer darf nicht instrumentell geführt werden (vgl. auch Burzan 2003 sowie Rinderspacher 2003). Das Verständnis von Freiwilligen als Ressource, die es aus Gründen der Kosteneffizienz zu aktivieren gelte, geht an den Motiven und vielfach auch der Lebenslage der Engagierten vorbei. Deshalb sollte auch nicht von Freiwilligengewinnung die Rede sein, sondern die **Ermöglichung** von Bürgerengagement im Zentrum der Debatte stehen. Die Hoffnungen, welche in das bürgerschaftliche Engagement für die Belebung des Gemeinwesens und die Stärkung der Bürgergesellschaft gesetzt werden, können sich nur in ei-



nem freiwilligen Rahmen entfalten. Hinzu kommt, dass Eigenverantwortung ohne eine gemeinsame Verantwortung nicht aufgebaut werden kann; „Eigenverantwortung ist nur in einem Raum gemeinsamer Verantwortung zu erlangen, ja sie realisiert sich in gemeinsamer Verantwortung“ (Nullmeier 2005, 3). Dabei sind zur optimalen Nutzung des potenziellen Engagements folgende Kriterien zu beachten:

- Bürgerengagement darf nicht zur gesellschaftlichen Verpflichtung im Alter werden. Das bedeutet auch den Verzicht auf eine negative gesellschaftliche Sanktionierung derjenigen, die sich daran nicht beteiligen.
- Es sollte ein sehr breites und gestaltungsoffenes Spektrum an Angeboten vorgehalten und weiter entwickelt werden. Dies muss möglichst transparent hinsichtlich der Wahrnehmung durch unterschiedliche soziale Milieus, Altersgruppen, beider Geschlechter, Menschen in verschiedenen Lebenslagen etc. gestaltet sein und direkt an den Interessen und Erfahrungen der (potenziell) sich Engagierenden ansetzen.
- Die Förderung des Bürgerengagements ist eine lebenslaufübergreifende Aufgabe. Sie sollte sich nicht allein auf die Gruppe der älteren und alten Menschen konzentrieren oder gar beschränken. Die Erfolg versprechenden Ansätze zur Erhöhung der Engagementquoten auch im Alter sind diejenigen, die bereits in früheren Lebensphasen ansetzen und dort positive Engagementerfahrungen initiieren. Auch hier zeigt sich, dass es im Prinzip darum geht, „aus einer alterssequenzierenden Gesellschaft - zuerst Bildung, dann Familie, dann der immer länger währende Ruhestand – eine horizontale, parallelisierende entstehen zu lassen“ (Baltes 2005, 45).

Das Thema Bürgerengagement wird allerdings nie frei von Ambivalenzen sein; folgende Pole kennzeichnen weiterhin das Spannungsfeld: „Instrumentalisierung von Bürgern für staatliche Zwecke versus gesellschaftliche Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürger“ (Braun 2001, 5). Es gibt allerdings Hoffnung: Inzwischen ist auch die Ebene der Staatsorganisation selbst in Bewegung geraten (vgl. u.a. die Bei-

träge in Behrens et al 2005). Der aktuelle Reform- und Modernisierungstau in der bundesrepublikanischen Gesellschaft wird inzwischen auch als ein Produkt überkommener staatlicher Organisationsstrukturen interpretiert und die Dominanz staatlicher Steuerung bröckelt. In dieser Phase eröffnet eine Neubewertung des Bürgerengagements konkrete Aussichten auf neue Gestaltungsaufgaben. Begleitet werden muss es allerdings durch ein „strategisches Monitoring“, das sich aber nicht nur auf den öffentlichen Bereich beziehen darf, sondern gerade auch die gesellschaftlichen Akteure sollten sowohl Beteiligte als auch Adressaten sein. Ganz wichtig ist, dass das Monitoring des aktivierenden Staates dezentrale Initiativen nicht nur entmutigt, sondern diese sollten eine zentrale Rolle spielen (vgl. Heinze et al 2005b sowie Willke 2004´3). Von Seiten der „organisierten Bürgerschaft“ (etwa Stiftungen) wird auch zentral darauf hingewiesen, dass der Staat in Deutschland zunächst davon abrücken muss, für alles zuständig zu sein und seine Steuerungsoptionen dadurch erhalten will, vor allem neue Einnahmequellen zu suchen. „Will man wirklich mehr Eigenverantwortung, private Initiative und Wettbewerb, dann muss sich staatliches Handeln am Vorrang privater Lösungen orientieren“ (Nährlich 2001, 1).

Diese Kritik, die nicht auf einfache Marktlösungen setzt, sondern das „Sozialkapital“ stärker zur Geltung bringen will, sollte ernst genommen werden. Durch Monitoringstrategien könnten auch im Wege von verbesserter Kommunikation beteiligungsorientierte Entscheidungsprozesse transparenter gemacht und somit die aktivierenden gesellschaftlichen Initiativen (wie das Bürgerengagement) gefördert werden. Hiermit soll vor dem Hintergrund der aufkommenden Wissensgesellschaft und den verminderten staatlichen Steuerungsoptionen eine gesellschaftliche Entwicklung angestoßen werden, die letztlich in der Idee einer bürgerzentrierten „Connected Republic“ oder der interaktiv vernetzten Republik mündet und die Vision eines aktivierenden Regierens und Verwaltens in der Wissensgesellschaft abbildet. Neue interaktive und vernetzte Informations- und Kommunikationstechnologien bieten dann allen Interessierten (nicht nur dem Staat) neue Möglichkeiten, die bürgergesellschaftlichen Kräfte in eine wechselseitige und befruchtende Interaktion mit Politik und Verwaltung zu bringen.

## LITERATUR

- Baltes, P.B., 2005: „Oma muss ran“, in: Die Zeit v. 19. Mai, S. 44f
- Behrens, F./Heinze, R.G./Hilbert, J./Stöbe-Blossey, S. (Hg.), 2005: Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, Berlin
- 5 BMFSFJ, 2005: Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft (Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland), Berlin
- Braun, S., 2001: Bürgerschaftliches Engagement im politischen Diskurs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 25-26), S. 3ff
- 10 Brendgens, U./Braun, J., 2000: Freiwilliges Engagement der Seniorinnen und Senioren, in: S. Picot (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland - Freiwilligensurvey 1999 -. Stuttgart, S. 209ff
- Brömme, N./Strasser, H., 2001: Gespaltene Bürgergesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, a.a.O., S. 6ff
- 15 Burzan, N., 2003: Die Zeit älterer Menschen in der Bürgergesellschaft, in: J. Rinderspacher (Hg.), Zeit für alles – Zeit für nichts?, Bochum, S.64ff
- Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag, 2002: Bürgerschaftliches Engagement - auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Endbericht, Opladen
- 20 Geißler, K.A., 2005: Verdichtete Zeiten, in: FAZ v. 28. 7. 2005 (S. 6)
- Gensicke, T., 2005: Immer mehr Deutsche engagieren sich, in: Initiative für Bürgerengagement..., S. 16ff
- Giddens, A., 1999: Der dritte Weg, Frankfurt
- Giddens, A., 2005: „Durchwachsene Bilanz“. Interview, in: Mitbestimmung H. 3/2005, S. 48ff
- 25 Heinze, Rolf G., 2002: Die Berliner Rätorepublik. Viel Rat - wenig Tat?, Wiesbaden
- Heinze, R.G./Olk, T. (Hg.), 2001: Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Opladen
- Heinze, R.G./Helmer-Denzel, A./Wilde, D.P., 2005a: Freizeitverhalten älterer Menschen und potentielle Impulse für die Seniorenwirtschaft, Bochum (InWIS)
- 30 Heinze, R.G./Hilbert, J./Spalink, D./Stöbe-Blossey, S., 2005b: Zur Zukunft des aktivierenden Staates. Auf der Suche nach einem strategischen Innovations-Monitoring, in: F. Behrens et al (Hg.), Ausblicke auf den aktivierenden Staat, a.a.O., S. 435ff
- 35 Initiative für Bürger-Engagement „für mich, für uns, für alle“, 2005: Deutschland aktiv (Bericht), Berlin
- Joas, H., 2001: Ungleichheit in der Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, a.a.O., S. 15ff
- Kaufmann, F.X., 2005: Schrumpfende Gesellschaft, Frankfurt

- Kohli, M.;Künemund, H. 2001: Partizipation und Engagement älterer Menschen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Lebenslagen, soziale Ressourcen und gesellschaftliche Integration im Alter, Opladen, S. 117ff
- 5 Künemund, H., 2004: Partizipation und Engagement älterer Menschen. Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission „5. Altenbericht der Bundesregierung“, Berlin
- Matthes, J. (Hg.), 1983: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York
- 10 Menning, S., 2004: Die Zeitverwendung älterer Menschen und die Nutzung von Zeitpotentialen für informelle Hilfeleistungen und bürgerschaftliches Engagement. Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission „5. Altenbericht der Bundesregierung“, Berlin
- Mückenberger, U., (Hg.), 1998: Zeiten der Stadt, Bremen
- 15 Münkler, H./Loll, A., 2005: Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft, MS FES (Bonn/Berlin)
- Nährlich, S., 2004: Res(t) Publica, in: Aktive Bürgerschaft aktuell, H. 4/2004, S. 1
- 20 Nullmeier, F., 2005: Paradoxien der Eigenverantwortung, in: ZeS – Report Nr. 1/2005, S. 1ff
- Olk, Th., 2003: Modernisierung des Engagements im Alter – Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement, MS
- Rinderspacher, J.P., 2003: Der Bürger, das zeitlose Wesen – Thesen zu einer verdrängten Seite der Bürgergesellschaft, in: ders. (Hg.), Zeit für alles – Zeit für nichts?, a.a.O., S. 10ff
- 25 Rohleder, C., 2005: Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen, MS Münster/Berlin
- Stiftung Bürger für Bürger/Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland/Olk, Th. (Hg.), 2003: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, Berlin
- 30 Streeck, W., 2005: Vom „kurzen Traum“ zum „langen Alptraum“, MS Köln (MPIFG)
- Willke, H., 2003: Heterotopia. Studien zur Krisis der Ordnung moderner Gesellschaften, Frankfurt
- Wingerter, C., 2005: Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten, in: Wirtschaft und Statistik, H. 4/2005, S. 318ff

35